

GdP-PRESSEFRÜHSTÜCK ZUR LANDTAGSWAHL 2017

„Mehr Sparen geht nicht mehr!“

GdP-Auftaktveranstaltungen zum Wahlmarathon 2017

Von unserem Landesvorsitzenden Ralf Porzel

So lässt sich die klare Botschaft des Pressefrühstücks, zu dem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 3. März 2017 in den saarländischen Landtag eingeladen hatte, zusammenfassen. Die GdP hatte mit Blick auf **die Landtagswahlen am 26. März 2017** die innenpolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien eingeladen. Mit ihnen haben wir über die Entwicklungen der vergangenen Jahre sowie die innenpolitische, insbesondere die polizeiliche Zukunft nach der Landtagswahl diskutiert. Von den Landtagsfraktionen nahmen an dem Gespräch **Ruth Meyer (CDU), Stefan Pauluhn (SPD), Brigit Huonker (Die Linke), Klaus Kessler (Die**

Grünen) sowie Jasmin Freigang (Piraten) teil. Zum Auftakt des Gespräches zog der GdP-Landesvorsitzende ein kritisches Resümee, bezogen auf die negativen Entwicklungen und Einschnitte der letzten Dekade, im öffentlichen Dienst insgesamt und in der saarländischen Polizei im Besonderen. Bei den politisch ins Werk gesetzten großen Einsparungen im öffentlichen Dienst kann man einen großen Bogen spannen. Von den Dienstrechtsreformgesetzen in den 1990er Jahren und den Föderalismusreformen I und II Anfang 2000, die sich dann auf saarländischer Ebene fortsetzten mit dem „Solidarpakt Saar“ (2005) sowie dem aus der

Schuldenbremse resultierenden „saarländischen Weg“ (2010). Wurde beim Solidarpakt Saar dem Öffentlichen Dienst insgesamt rund 30 Mio. Euro an Einsparungen zugemutet, sind es bei dem „saarländischen Weg“ gleich 226 Mio., die der Öffentliche Dienst (davon 30 Mio. Euro die Polizei) einsparen muss.

Die klare Botschaft des Resümees war, dass die Belastungsgrenze schon lange erreicht ist und dass unter den veränderten Rahmenbedingungen (TWE, Cybercrime, Migration, Terrorismus pp.) nicht weiter gespart werden kann!

Fortsetzung auf Seite 2



Im Landtag sollten die innenpolitischen Sprecher/-Innen beim Pressefrühstück vor der Landtagswahl Farbe bekennen; Lothar Warscheid (SZ) moderierte

Foto: GdP

Fortsetzung von Seite 1

Landtagsparteien für mehr Polizisten

VON JOHANNES SCHLEUNING

SAARBRÜCKEN Streichen, kürzen, absenken: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland schlägt Alarm nach wiederholten Einsparungen durch die Landesregierung. Die Folge: Arbeitsüberlastung, Überstundenberge, Verlust von Bürgernähe, so GdP-Landeschef Ralf Porzel. „Mehr sparen geht nicht mehr“, sagt er. Von den Landtagsparteien wollte die Gewerkschaft deshalb am Freitag wissen: Was habt ihr vor mit der saarländischen Polizei nach der Landtagswahl am 26. März?

Alle Fraktionen gaben bei einem Treffen im Landtag an, beim Personal „nachsteuern“ zu wollen. Auch die Koalitionäre CDU und SPD. Die CDU-Landtagsabgeord-

nete Ruth Meyer und SPD-Fraktionschef Stefan Pauluhn verteidigten zwar angesichts der Schuldenbremse die Polizeireform, die den Abbau von 300 der insgesamt 3000 Stellen bei der Vollzugspolizei und 50 Stellen bei Tarifbeschäftigten bis zum Jahr 2020 vorsieht, gaben aber auch zu erkennen, dass man bis dahin „an der einen oder anderen Stelle nachjustieren“ müsse. Die Zahl der jährlich neu eingestellten Kommissar-Anwärter war zuletzt von der großen Koalition auf 110 aufgestockt worden. Linke und Grüne wollen den in der Polizeireform geplanten Personalabbau sofort stoppen – wegen neuer Bedrohungen wie dem Terrorismus oder der Internet-Kriminalität sowie einer anstehenden Pensionswelle.

Den von der CDU propagierte „Ausbau“ der Hilfspolizei (polizeilicher Ordnungsdienst) lehnt die SPD aber ebenso ab wie Linke, Grüne und Piraten. Meyer verteidigte die CDU-Pläne: Um Beamte von polizeifremden Aufgaben wie der Begleitung von Schwerlasttransporten zu befreien, könne eine Aufstockung der derzeit 28 Hilfspolizei-Stellen in Einzelfällen sinnvoll sein. GdP-Landeschef Porzel nannte die Polizeireform „in Teilen gescheitert“. Werde nicht umgesteuert, drohe sie ganz zu scheitern. Einen Lichtblick gaben CDU und SPD immerhin: Die Entgelderhöhung im öffentlichen Dienst soll nicht nur wie vereinbart 1:1 für Beamte übernommen werden, sondern womöglich auch ohne eine zeitliche Staffelung.

Johannes Schleuning in der SZ vom 4. März 2017 auf Seite B2 Landespolitik



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: Lothar.Schmidt@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Wir haben das Gespräch zum Anlass genommen, auch nochmals die wesentlichen Ergebnisse unserer Mitgliederbefragung zur Polizeireform darzustellen und die daraus abgeleiteten Handlungsnotwendigkeiten und Forderungen zu skizzieren. Die damit verbundenen Ergebnisse sind für uns auch mit Blick auf die bevorstehenden Personalratswahlen von besonderer Bedeutung. Die zentralen Themen des Gesprächs waren die Personalentwicklung und die Größe eines notwendigen Einstellungskorridors für den Bereich des Polizeivollzuges, aber auch in Bezug auf die Tarifbeschäftigten die Situation des Polizeilichen Ordnungsdienstes und der befristeten Tarifbeschäftigtenverhältnisse. Ein zweites großes Themenfeld waren die Besoldungs- und Entgeltfragen sowie strukturelle Besoldungs- und Versorgungsfragen. In dem knapp zweistündigen Gespräch wurde deutlich, dass fraktionsübergreifend die Verbesserung der Personalsituation in der Polizei als notwendig erachtet wird; allerdings gibt es dabei in der Ausgestaltung des Einstellungskorridors und der damit verbundenen Einstellungsgrößen unterschiedliche Gewichtungen bei den

Parteien. Bis auf die Piraten herrschte auch Einigkeit in den Fraktionen darüber, an dem Prinzip der zweigeteilten Laufbahn festzuhalten und auch keinen wie auch immer gearteten mittleren Dienst einzuführen. Im Bereich der strukturellen Besoldungsfragen wurden von uns das Beförderungsbudget, die abgesenkte Eingangsbesoldung sowie die Polizeizulage angesprochen. Es gab erkennbar deutliche Zurückhaltung bei diesen Themen. Für uns hatte die Dynamisierung und die Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage als Einstiegsthema in strukturelle Verbesserungen größte Priorität. Aus Sicht der Fraktionen wurden die am 14. März stattfindenden Gespräche zur Übertragung des Tarifergebnisses als erster Schritt im Sinne von Besoldungs- und Entgeltverbesserungen angesehen. Im Ergebnis war der knapp zweistündige Austausch in lockerer Atmosphäre mit den innenpolitisch Verantwortlichen zur Standortbestimmung und zur Positionsbestimmung vor der Landtagswahl wichtig.



Bitte stören

Motto der Personalratswahlen am 10. und 11. Mai 2017

GdP stellt sich in ihrer Beiratssitzung für die Personalratswahl auf

Am 15. Februar 2017 kam der GdP-Beirat als höchstes Gremium zwischen den Delegiertentagen in der Arbeitskammer in Kirkel zusammen, um sich auf die Personalratswahlen am 10./11. Mai dieses Jahres vorzubereiten und die GdP-Kandidatinnen und Kandidaten für die personalrätlichen Gremien zu nominieren. Der Beirat hatte auch die Aufgabe, zwei durch personelle Veränderungen vakant gewordene Ämter im Geschäftsführenden Landesvorstand neu zu besetzen.

Der GdP-Landesvorsitzende eröffnete die Beiratssitzung mit einer Bestandsaufnahme der aktuellen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Situation und der grundsätzlichen Positionierung des Geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) zur Personalratswahl 2017. Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Geschäftsführende Landesvorstand die Ergebnisse unserer Mitgliederbefragung zum Maßstab der gewerkschaftlichen Ausrichtung auch bei den Personalratswahlen machen wird. Die durch unsere Vertrauensleutestruktur in vielen Workshops durchgeführten Auswertungen und extrahierten Handlungsempfehlungen sollten leitend für die kommenden Personalratswahlen sein. Den Schwerpunkt dieser Handlungsempfehlungen bilden die zukunftsfeste Ausrichtung unserer GdP-Struktur durch die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes und einer Verjüngung der Mandatsträger/-innen in unseren GdP-Organisationsstrukturen. Im Lichte dieser Ergebnisse hatten die Gremien der GdP (Kreisgruppen, Personengruppen, GLV und Landesvorstand) entspre-



Ralf Porzel skizziert beim Landesbezirksbeirat die Leitlinien unserer Gewerkschaftspolitik für die nächste Wahlperiode unserer Personalräte. Fotos: GdP

chende Vorschläge für den Beirat erarbeitet. Im Bereich der Nachnominierungen im GLV wählte der Beirat am Vormittag einstimmig **Markus Summa** zum neuen Schriftführer und **Malte Krämer** zum stellvertretenden Schriftführer im GLV. Am Nachmittag stand die schwierige „Prozedur“ der Listenaufstellungen zur Personalratswahl an. Schwierig deshalb, weil es galt, rund 140 (!) GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten für die unterschiedlichen Gremien zu berücksichtigen. Neben dem Innenministerium reicht die GdP mittlerweile auch Wahllisten beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (MWAEV) und im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MfSGFF) ein. Trotz vielfältiger, gut vorbereiteter Vorschläge unserer Gremien zur bestmöglichen Aufstellung für die Personalratswahlen haben wir es uns abschließend im Beirat nicht leicht gemacht. Insbesondere im

Bereich der Polizeiinspektionen und der operativen Dienststellen war die fast schon dramatische Verjüngung der Dienststellen Anknüpfungspunkt für die Frage, wie das zukunftsfähigste und bestmögliche Personalangebot der GdP dort aussehen könnte. Nach einem langen Tag voller Themen, Ideen und Diskussionen haben wir in Abstimmungsprozessen dann den berühmten „Sack“ zugemacht und unsere Listen verabschiedet. Dem Aufruf eines Delegierten am Ende des langen Tages, als er seine persönliche Unterstützung allen unseren Kandidatinnen und Kandidaten zusicherte und alle Anwesenden ebenfalls hierzu aufrief, war vonseiten der Versammlungsleitung nichts mehr hinzuzufügen.

Die GdP ist nun mit ihren rund 140 Kandidatinnen und Kandidaten gut und breit aufgestellt und bereit, im Sinne unseres Wahlkampfmottos zu STÖREN!





Die Delegierten unserer Kreisgruppen stellen zusammen mit den Mitgliedern unseres Landesvorstandes und unseren Mitgliedern in der Bundestarifkommission der GdP die Listen für die Personalratswahlen auf.

RÜCKBLICK TARIFRUNDE 2017

Licht und Schatten

Nein, so geschmeidig, wie angesichts der relativ guten Kassenlage der Länder und der bevorstehenden Wahltermine erwartet, liefen die Tarifverhandlungen in diesem Jahr leider nicht. Wenngleich in den ersten beiden Verhandlungsrunden der Umgangston und das sachorientierte Miteinander von beiden Parteien gleichermaßen gelobt wurden, kam es doch zu keinem Angebot der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Es bedurfte also vor der dritten Verhandlungsrunde wieder der klassischen Arbeitskämpfmaßnahmen wie Warnstreiks und Demonstrationen. So auch am 8. Februar in Saarbrücken. Mit punktuellen Warnstreiks begann der Tag und erreichte in einer eindrucksvollen Demonstration am Tblisser Platz in Saarbrücken seinen gewerkschaftlichen Höhepunkt. Hier sei allen Kolleginnen und Kollegen noch einmal gedankt, die ein bis zwei Stunden ihrer Freizeit geopfert haben, um buchstäblich Flagge zu zeigen, um zu zeigen, dass auch die Mitglieder der GdP bereit sind, für die gemeinsamen Forderungen der ÖD-Gewerkschaften zu streiten.

Die dritte Verhandlungsrunde begann am 16. Februar in Potsdam. Mit dem Eintreffen der Tarifkommissionen der teilnehmenden Gewerkschaften am 17. Februar stieg die Anspannung noch einmal deutlich. Noch gab es nichts abzustimmen. In zähen Verhandlungen wurden die einzel-



Ralf Walz (l.) und Andrea Thiel mit unserem Bundesvorsitzenden Oliver Malchow in Potsdam

Foto: R. Walz

nen Punkte der Forderungen nacheinander abgearbeitet. Bevor über eine lineare Erhöhung der Gehälter geredet werden konnte, musste natürlich klar sein, wie sich die einzelnen Teilforderungen wie beispielsweise eine soziale Komponente (Sockel- oder Mindestbetrag), Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15, Anhebung der Auszubildendenvergütungen etc. auf die Gesamtforderung im Volumen von 6% anrechnen ließen.

Insbesondere die Einführung der Stufe 6 in den höheren Entgeltgruppen, bei Bund und Kommunen schon längst erreicht, rief den erbitterten Widerstand gerade der östlichen Bundesländer hervor. Durch die hohe Zahl der angestellten Lehrkräfte sahen sich diese Länder damit überproportional belastet. Letztlich war es aber richtig und wichtig, dass diese Forderung durchgesetzt werden konnte, auch wenn die lineare Lohnerhöhung deswegen etwas geringer ausfiel. Bereits in den letzten beiden

Tarifrunden mit der TdL war die Lehrerbezahlung ein dominierendes Thema, ohne aber letztlich für beide Seiten befriedigend gelöst werden zu sein. Das ist jetzt gelungen!

Hier sollten wir uns das Engagement der Beschäftigten aus dem Lehrer- und Erzieherbereich einmal zum Vorbild nehmen. Nicht zuletzt durch die enorme Bereitschaft zur Teilnahme an den Warnstreiks und Demonstrationen konnten die-

se Gruppen letztlich doch ihre Ziele erreichen.

Wie ist das Erreichte nun zu bewerten?

Natürlich ist eine lineare Erhöhung von 2% für 2017 und 2,35% für 2018



Ralf Porzel heizt am 8. Februar bei der Kundgebung mächtig ein. Foto: M. Speicher



RÜCKBLICK TARIFRUNDE 2017

zunächst nicht gerade berauschend – insbesondere vor dem Hintergrund des Einkommensvorsprungs der Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen. Hier bleiben wir weiterhin zurück!

Es wurden aber viele „kleine“ Erfolge erzielt. Neben der bereits erwähnten Stufe 6, die auch angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Fachkräftegewinnung kommen musste und im Übrigen auch zu Verbesserungen in der „kleinen“ EG 9 führen wird, werden durch den Mindestbetrag von 75 Euro insbesondere die unteren Entgeltgruppen bedient. Bei Einrechnung des Mindestbetrages ergibt sich im Übrigen für 2017 ein durchschnittliches Plus von 2,23%. Die Erhöhungen der Auszubildendenvergütungen um jeweils 35 € für 2017 und 2018, ein zusätzlicher Urlaubstag für diese Gruppe sowie die Verlängerung der Übernahmeregelungen sind ebenfalls zu begrüßen. In einer Prozessvereinbarung wurde vereinbart, unmittelbar



GdP zeigt am 8. Februar bei der Kundgebung vor dem Staatstheater Flagge. Foto: M. Speicher

mit Verhandlungen zur Anpassung der Entgeltordnung zum TV-L einzutreten. Hier erwarten wir, dass die TdL endlich erkennt, dass es mittlerweile erhebliche Defizite im Vergleich zu Bund und Kommunen gibt. Gleiche Arbeit muss im öffentlichen Dienst auch gleich bezahlt werden!

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass die Tarifeinigung für jeden etwas bietet, egal ob in den unteren oder den oberen Lohngruppen, und

somit als ausgewogen zu bezeichnen ist.

Die ebenfalls geforderte zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten sollte angesichts der recht überschaubaren prozentualen Erhöhungen eine Formsache sein. Eine zeitliche Abkoppelung ist bei diesem Abschluss sicher nicht vermittelbar!

Andrea Thiel und Ralf Walz, Mitglieder der Bundestarifkommission der GdP

PODIUMSDISKUSSION DER JUNGEN GRUPPE

Schützt der Staat seine Amtsträger/-innen wirklich?



David Maaß fordert in einer starken Eröffnungsrede die „Erfüllungsübernahme“; auf dem Podium lauschen: Prof. Dr. Roland Eckert, MP Annegret Kramp-Karrenbauer, SZ-Moderator Dr. Daniel Kirch, BJM Heiko Maas, LV Ralf Porzel und LPP Norbert Rupp. Fotos: F. Legleitner

Am 3. März 2017 fand in der Bel étage der Spielbank Saarbrücken unsere Podiumsveranstaltung zum Thema „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte“ statt. Neben dem hochkarätig besetzten Podium

mit Bundesjustizminister Heiko Maas, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, Landespolizeipräsident Norbert Rupp, dem Soziologen Prof. Dr. Roland Eckert sowie unserem Landesbezirksvorsitzenden Ralf Por-

zel kamen an diesem Abend knapp 160 Zuschauerinnen und Zuschauer in die Bel étage. Natürlich war hier auch die JUNGE GRUPPE personenstark vertreten.

Nach einer Begrüßung und kurzen Vorstellung unserer neuen Aktion „250 € – Unsere Schmerzgrenze!“ (Erfüllungsübernahme) durch unseren Landesjugendvorsitzenden David Maaß hielt Bundesjustizminister Heiko Maas einen Impulsvortrag zur geplanten Gesetzesänderung der §§ 113 ff. StGB. Danach starteten wir in die Podiumsdiskussion, in welcher die Entstehung von Gewalt und mögliche Reaktionsmöglichkeiten besprochen wurden. Wir stellten uns die Frage, ob mit der Novellierung bereits alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, ob der Rechtsschutz ausreicht, ob die Justiz nicht einfach härter durchgreifen muss, ob der Personalabbau womöglich das Gewaltphänomen fördert und ob unsere

Fortsetzung auf Seite 6



PODIUMSDISKUSSION DER JUNGEN GRUPPE



Die Bel étage im Deutschmühlental war proppvoll – und wurde mit einer spannenden, hochwertigen Diskussionsrunde belohnt.

technische Ausstattung ausreicht. Es war eine interessante und aufschlussreiche knapp 90-minütige Diskussion zwischen den Teilnehmern. Besonders zu erwähnen sei, dass sich unsere Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer unmissverständlich für die zweigeteilte Laufbahn

ausgesprochen hat. Eine Wiedereinführung des mittleren Dienstes würde es unter ihrer Verantwortung nicht geben!

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für diesen außergewöhnlichen und tollen Abend! In der nächsten Zeit wer-

den wir unsere Forderung nach der Erfüllungsübernahme vorantreiben und hoffentlich eine Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes bewirken.

David Maaß,
Landesjugendvorsitzender

ERFÜLLUNGSÜBERNAHME

250 Euro – UNSERE SCHMERZGRENZE!

Wir fordern die Landesregierung auf, die Erfüllungsübernahme auch in unserem Beamtengesetz zu verankern. Bislang ist sie in fünf Bundesländern geregelt und ist ein eindeutiges Zeichen des Staates, dass er hinter seinen verletzten Beamtinnen und Beamten steht!

Der verletzte Beamte erhält vor Gericht im Adhäsionsverfahren einen Schmerzensgeldanspruch gegen den Täter. Diesen Anspruch kann er jedoch meist nicht durchsetzen, da beim Täter finanziell nichts zu holen ist. Der Beamte bleibt auf seinem Anspruch sitzen. Nun greift die Erfüllungsübernahme: Der Beamte kann ab einer Bagatellgrenze von 250 Euro seinen Anspruch gegen den Täter an den Staat abtreten, der Staat zahlt das volle Schmerzensgeld an den Beamten aus und regrestriert nun den Täter. Dies hat den Charme, dass nicht mehr Beamte, sondern der Staat das Insolvenzrisiko des Täters trägt. Wenn wir uns schon für den Staat die Köpfe einschlagen lassen, dann wollen wir wenigstens an unser Schmerzensgeld gelangen!

Die JUNGE GRUPPE wird diese Forderung in den kommenden Tagen und Wochen vorantreiben und befeuern! Unser Engagement wird in einer Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes münden!

D. Maaß



BEFÖRDERUNGSTERMIN 1. APRIL

EinsVierSieben – 147

Beamtinnen und Beamte haben am Mittwoch, dem 22. März 2017, ihre Beförderungsurkunden erhalten. Dass an diesem Termin so viele Beförderungen vorgenommen werden konnten, war in erster Linie dem persönlichen Engagement von Innenstaatssekretär Christian Seel zu verdanken, der dem Ansinnen der GdP gefolgt war, einen Großteil des Beförderungsbudgets zum Apriltermin zu verausgaben. Von der A 9 in die A 10 wurden insgesamt 49 Kolleginnen und Kollegen befördert. Natürlich war es vorrangiges gemeinsames Ziel von GdP, Ministerium (Referat D 4) und Personalvertre-

tung, zuerst alle noch vorhandenen „A9er-Doppel-2er“ in die A 10 zu befördern – hier machte aber der Stellenplan einen gewaltigen „Strich durch die Rechnung“. Es standen zum Bedauern aller zu diesem Termin nicht genügend freie Stellen zur Verfügung, so dass leider 29 Beamte bis zum Oktober auf ihre Beförderung in die A 10 warten müssen. Hier haben die Verantwortlichen des Ministeriums aber den Vertretern des Polizeihauptpersonalrats in die Hand versprochen, dass diese Beförderungen im Oktober definitiv vorgenommen werden. Hervorstechend sind besonders die 51 Beförderungen von

A 10 nach A 11 sowie die 30 Beförderungen von A 11 nach A 12. Sechs Kollegen konnten sich über ihre Beförderung von der A 12 in die A 13 freuen. Im mittleren Dienst wurde ein Kollege von der A 8 in die A 9 befördert und im Rahmen der Überleitung erhielt ein Kollege die A 9 gD. Freuen konnten sich im höheren Dienst drei Kollegen, die die Urkunde zur A 15 erhielten. Dies sind insgesamt 141 PVB. Dazu kamen noch sechs Beamtinnen und Beamte aus dem Verwaltungsbereich.

Markus Summa, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Kreisgruppe LKA am 10. Januar 2017 in der Gaststätte Undine Saarbrücken

Den Teilnehmern der diesjährigen MV der Kreisgruppe LKA werden wohl besonders die einleitenden Grußworte unseres Landespolizeipräsidenten Norbert Rupp in Erinnerung bleiben. In Anerkennung der bestehenden hohen Belastungen der Beschäftigten der saarländischen Polizei hob Norbert Rupp in seinen Neujahrswünschen die Wichtigkeit der eigenen Gesunderhaltung heraus. Dabei propagierte er insbesondere die aktive Praktizierung des Dienstsportes.

Auch die Leiter der Direktionen 2 und 4, Harald Schnur und Ralf Barrois, reflektierten in ihren Grußworten die fundamentale Bedeutung der Gesundheit.

Da auch die Arbeitszufriedenheit für die Aufrechterhaltung der Gesundheit eine maßgebliche Rolle spielt, erhielten die sich anschließenden Worte des Vorsitzenden der GdP Saarland, Ralf Porzel, vielfachen Zuspruch. So schilderte Ralf Porzel seinen Einsatz für die GdP Saarland bei Herrn Staatssekretär Christian Seel für die Umsetzung einer Regelbeförderung von der Besoldungsgruppe A 9 in die A 10 (für FH-Absolventen)



In der Undine hat man immer schon einen schönen Veranstaltungsort für die KG LKA gehabt

Foto: J. Rost

und der Überprüfung der Funktionsbewertungen durch anlassbezogene Beurteilungen, wobei in beiden Fällen (ergebnisoffen) einem Systemwechsel neutral gegenübergestanden wird.

In der unter der Moderation unseres Kreisgruppenvorsitzenden Stefan Schnubel durchgeführten Mitgliederversammlung wurden neben der Reflexion auf das Jahr 2016 auch die Weichen für die weitere gewerkschaftliche Zukunft gestellt. Dementsprechend wurde über die sich aus Mitgliedern der Kreisgruppe LKA gespeisten Kandidatenlisten zu den Personalratswahlen ÖPR PS/Dir, HPR und PHPR, den Delegiertenlisten für die Frauen-, Senioren- und Landesjugendkonferenz sowie die Wahl weiterer Vertrauensleute abgestimmt, die allesamt einstimmig angenommen wurden.

Um eine weitere Stärkung der Position der Kriminalbeamten im Rahmen der Personalratsarbeit der GdP durchzuführen, schlug Stefan Schnubel, in Zielrichtung der anwesenden Köpfe der GdP, die Etablierung eines Kriminalbeamten im Hauptpersonalrat vor, was von den anwesenden Mitgliedern der Kreisgruppe auf breite Zustimmung stieß.

Eines der Highlights der diesjährigen MV bildete auch diesmal die Ehrung der langjährigen GdP-Mitglieder der Kreisgruppe, der Jubilare (25, 40 und 50 Jahre Mitgliedschaft), an die ein besonderer Dank zu richten ist.

Denn nur gemeinsam sind wir stark und können etwas erreichen!

Julia Rost, KG LKA



MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Kreisgruppe Merzig-Wadern am 12. Januar 2017 im Hubertushof in Losheim

Vorsitzender Arno Adams hatte zur Mitgliederversammlung eingeladen, bei der es vorrangig darum ging, für die kommenden Personalratswahlen die Kandidatenvorschläge zu manifestieren.

Unser Landesvorsitzender Ralf Porzel und auch Thomas Schlang vom ÖPR der Inspektionen ließen es sich nicht nehmen, an der doch gut besuchten Versammlung teilzunehmen.

Nach der Begrüßung durch Arno Adams wurden von Ralf Porzel als Wahlleiter die Wahlen durchgeführt. Nachdem die Kandidatenvorschläge unter Dach und Fach waren und Depotbeschlüsse gefasst worden sind hinsichtlich der Landesfrauen- und Landesjugendkonferenz, berichtete Ralf über die aktuellen Dinge im Land aus gewerkschaftlicher Sicht, wobei es hier zu einer lebhaften Diskussion in geselliger Runde gekommen ist.



Das Bild zeigt (v. l. n. r.): Hans-Dieter Adam, Heinz Barbian, Arno Adams, Winfried Mühlen, Winfried Hoffmann, Ralf Porzel und Werner Adams. Foto: D. Kiefer

Die Krönung vor dem Abschlusessen waren die Ehrungen von Mitgliedern, die seit Jahrzehnten der GdP angehören. Für 50-jährige Mitgliedschaft wurden Hans-Dieter Adam, Winfried Hoffmann und Winfried Mühlen geehrt. Werner Adams

und Heinz Barbian bekamen ihre Anerkennungsmedaille mit Urkunde für 40-jährige Mitgliedschaft.

Alles in allem eine gelungene Veranstaltung in angenehmer Atmosphäre.

Dieter Kiefer, Kassierer

PRISMA



103 Ernennungsurkunden in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit wurden von Innenminister Klaus Bouillon am 13. Februar 2017 auf den Wackenberg ausgehändigt. Die GdP garantiert sehr herzlich. 😊



Der stellvertretende Vorsitzende der KG LPP, Ralf Britzius (rechts), und unser GdP-Vertrauensmann an der FHSV, Gerhard Broßette (links), ehrten gemeinsam mit Anja Matheis unseren Kollegen Benno Groß (Mitte), früherer Spitzenturner und jahrzehntelang beliebte Sportausbilder in der Polizei des Saarlandes) für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft.

Foto: Anja Matheis

Am Dienstag, dem 21. Februar 2017, erhielt der langjährige Leiter der PI Wadern Besuch. Der GdP-Sekretär Lothar Schmidt und der Kreisgruppenvorsitzende Arno Adams (rechts) hatten



sich angekündigt. Die beiden trafen auf einen gut gelaunten Pensionär und dessen Gattin. Franz Josef Groh (links) wurde für 50 Jahre Zugehörigkeit zu seiner Gewerkschaft geehrt. Eine lange Zeit der Treue, für die wir uns bedankt haben. Wir wünschen Franz Josef für die Zukunft stabile Gesundheit und freuen uns über seine weitere aktive Mitwirkung bei der Senioren-Betreuung

Foto: L. Schmidt

